

EDITORIAL

Kinder rund um das und im HWWI

Gleich drei Kindertagesstätten befinden sich in der unmittelbaren Nachbarschaft des HWWI. Auf dem morgendlichen Weg zum Institut begegnet man berufstätigen und nicht-berufstätigen Müttern und Vätern. Durch geöffnete Fenster des Institutsgebäudes ertönen mittags Stimmen von geräuschvollen, spielenden Kindern. Dies ist aber den HWWI-Angehörigen gar nicht fremd. Das junge HWWI-Team von 28 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern kann heute stolze 16 Kinder aufweisen. Seit seiner Gründung hat das Institut aktiv die Förderung von Familie sowie die Vereinbarkeit von Beruf und Familie durch flexible Arbeitszeiten, Möglichkeit, die Tätigkeit von zu Hause aus auszuüben, und im Rahmen der gesetzlichen Regelungen finanziell unterstützt. Ein wichtiges und intern lebhaft diskutiertes Thema ist dabei das Elterngeld. Im aktuellen Leitartikel schildert die Autorin (selbst zurzeit promovierende Ökonomin und Mutter von drei Kindern), wie nachhaltig das Elterngeld in Bezug auf die Familienplanung bei den hoch qualifizierten Frauen ist, und zeigt die familienpolitischen Implikationen auf. Die Familienpolitik in Deutschland wird das HWWI sowohl volks- als auch betriebswirtschaftlich bestimmt weiter beschäftigen. EL

IN DIESER AUSGABE

Aufschiebende Effekte für die Geburten durch das Elterngeld? Seite 1/2

Doha-Runde – Agonie der WTO? Seite 3

Schwieriges makroökonomisches Umfeld für die EZB Seite 4

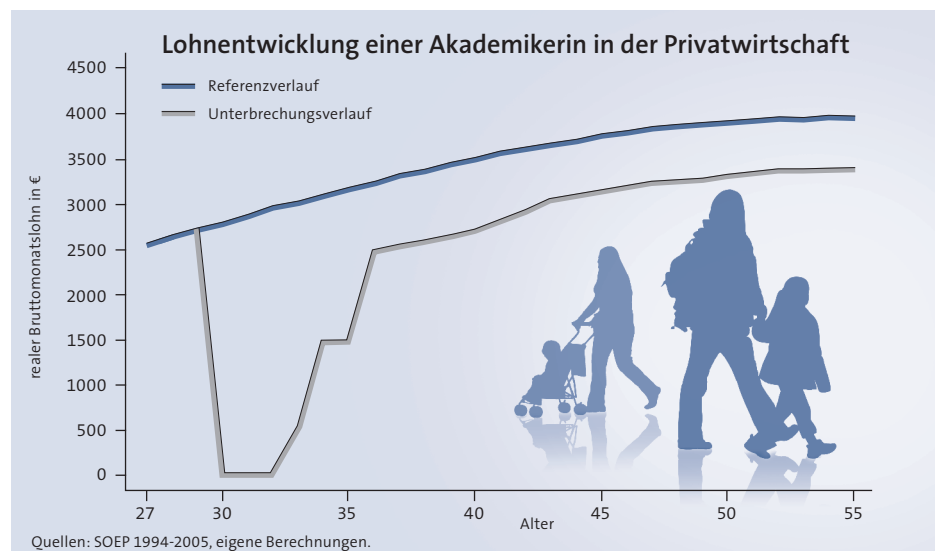
FAMILIENPOLITIK

Aufschiebende Effekte für die Geburten durch das Elterngeld?

Das Bundesfamilienministerium hat sich dem Leitbild einer nachhaltigen Familienpolitik verschrieben: Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie soll gefördert, Familienarmut bekämpft und die frühkindlichen Chancen auf Bildung und Sozialisation gestärkt werden. Die Parallelstrategie von Ursula von der Leyen, neben gezielten monetären Hilfen für Familien den Ausbau der außerfamiliären Kinderbetreuungs-Infrastruktur insbesondere für unter Dreijährige voranzutreiben, findet deutschlandweit überwiegend ein zustimmendes Echo. Von Christina Boll

Wie stellt sich die Situation von Familien in Deutschland derzeit dar? Darüber gibt eine Studie des Statistischen Bundesamtes Auskunft, die am 22. Juli 2008 in Berlin vorgestellt wurde. Neben der Entwicklung von Familienformen, Bildungsstand und Migrations-Hintergrund von Familien macht die Studie auch aktuelle Muster elterlicher Erwerbsarbeit und Kinderbetreuung zum Thema: Obwohl auch für die unter dreijährigen Kinder der Trend in Richtung einer verstärkten Inanspruchnahme marktgängiger Dienstleistungen geht, betrug die Betreuungsquote für diese Altersgruppe im Jahr 2007 laut Studie bundesdurchschnittlich erst 16 Prozent (allerdings mit einem

starken Ost-West-Gefälle). Hier zeigt sich, dass es bis zur Erreichung des „Krippengipfel“-Zieles vom April 2007, bis zum Jahr 2013 für bundesweit durchschnittlich 35 Prozent der unter Dreijährigen ein Betreuungsangebot aufzubauen, noch ein weiter Weg ist. Wenngleich seit Einführung des Rechtsanspruchs auf einen Kindergartenplatz mit dem vollendeten dritten Lebensjahr des Kindes im Januar 1996 für diese Altersgruppe keine nennenswerte Angebotslücke mehr besteht, sind die Öffnungszeiten hier der limitierende Faktor für die Ausgestaltung mütterlicher Erwerbstätigkeit, insbesondere der Wochenarbeitszeit (dies gilt übrigens nach wie vor – trotz fort-



gesetzter Anstrengungen der Grundschulen in Richtung Verlässlichkeit – auch für Grundschulkindern): Allen Präferenzen für innerfamiliäre Betreuung der Aller kleinsten zum Trotz belegt die oben erwähnte Studie, dass westdeutsche Mütter im Jahr 2007 am häufigsten Vollzeit arbeiteten, wenn das jüngste Kind im Krippenalter war. Leben dagegen nur Kinder von drei Jahren oder älter im Haushalt, ist zwar insgesamt ein wesentlich höherer Anteil von Müttern überhaupt erwerbstätig, jedoch ist von diesen ein höherer Anteil teilzeitbeschäftigt.

Dabei ist ein in Quantität und Qualität bedarfsgerechtes Angebot an außerfamiliärer Kinderbetreuung die unverzichtbare Bedingung für die von weiten Teilen der Gesellschaft gewünschte hohe Erwerbsbeteiligung von Eltern und nicht zuletzt auch für die Wirksamkeit der monetären familienpolitischen Leistungen, wenngleich deren Zielsetzungen im Einzelnen unterschiedlich sind: Während das – maximal bis zum 25. Lebensjahr des Kindes gewährte – Kindergeld als Deckungsbeitrag für kindbezogene Kosten (Kleidung, Ernährung etc.) und die steuerliche Absetzbarkeit von Betreuungskosten als Finanzierungsbeitrag der Gesellschaft an den erwerbsbedingt entstehenden Ausgaben für Fremdbetreuung gedacht ist, verfolgt der zu Beginn des Jahres 2005 eingeführte Kinderzuschlag als Kombileistung für den Niedriglohnssektor den Zweck, die Beantragung von Arbeitslosengeld II für Eltern entbehrlich zu machen.

Das Elterngeld schließlich, zum 1. Januar 2007 als Nachfolger des bisherigen Erziehungsgeldes eingeführt, ist demgegenüber explizit als Lohnersatzleistung während der ersten 14 Monate nach der Geburt eines Kindes gedacht. Es kompensiert den geburtsbedingten Nettoeinkommensausfall in der Regel im Umfang von 67 Prozent. Nicht nur Väter, auch hochqualifizierte Frauen profitieren in besonderem Maße von der Einkommensabhängigkeit der Förderung: Der Schattenpreis der selbst geleisteten Kinderbetreuung – das währenddessen entgangene Erwerbseinkommen – bestimmt nicht nur mit darü-

ber, ob sich Väter an der Erziehungsarbeit beteiligen, sondern prägt auch das generative Verhalten. Nicht nur, um dem veränderten Rollenverständnis junger Eltern Rechnung zu tragen, sondern auch im Kontext der geringen Geburtenneigung von Akademikerinnen macht es daher ökonomisch Sinn, die Lohnersatzleistung an das durchschnittliche Einkommen im Jahr vor der Geburt zu knüpfen.

Allerdings beschränkt sich der genannte Schattenpreis selbst geleisteter Kinderbetreuung nicht auf die unmittelbaren Einkommensausfälle während der kindbedingten Erwerbsunterbrechung. Die in Fertilitätstheorien mit *Career Costs* bezeichneten Kosten umfassen vielmehr alle Einkommensverluste, die direkt und indirekt mit der während der Familienzeit realisierten Entwertung von bestehendem (bzw. der unterlassenen Bildung von zusätzlichem) Humankapital verbunden sind. **Basierend auf Daten des Sozioökonomischen Panels zeigen die Ergebnisse humankapitaltheoretisch fundierter Lohnregressionen, dass eine geburtsbedingte Unterbrechung der Erwerbstätigkeit je nach Zeitpunkt, Dauer und Ausgestaltung derselben der Höhe nach variierende, aber persistente Lohnstrafen nach sich zieht, während eine durchgängige Vollzeit-Erwerbstätigkeit von Erwerbseintritt bis -austritt (Referenzverlauf) mit kontinuierlichem Lohnwachstum – wenn auch mit abnehmenden Raten – belohnt wird.** Simulationen der Lohnentwicklung auf Basis der gefundenen Regressionskoeffizienten, hier beispielhaft dargestellt für eine in der Privatwirtschaft tätige Akademikerin, of-

LITERATUR

Der Beitrag basiert auf dem demnächst erscheinenden HWWI Research Paper der Autorin mit dem Titel „Lohneinbußen durch Erwerbsunterbrechungen – fertilitätstheoretische Fundierung, Quantifizierung auf Basis von SOEP-Daten und familienpolitische Implikationen“. Statistisches Bundesamt (2008): Familienland Deutschland. Begleitmaterial zur Pressekonferenz am 22. Juli 2008 in Berlin.

fenbaren das ganze Ausmaß der Lohnverluste (siehe Grafik, Seite 1): Nach dem Nullverdienst in der dreijährigen Auszeit-Phase realisiert die Frau im Alter von 33 Jahren einen drastischen *Wage Cut* (Verhältnis von Ausstiegs- zu Wiedereinstiegslohn); in den Folgejahren holt der Monatslohn deutlich auf, zuletzt im Jahr der Rückkehr in den 40-Stunden-Vollzeitjob (im Alter von 36 Jahren). Nachdem die Lohnstrafe früherer Auszeit vollständig verjährt ist, verläuft das Unterbrechungsprofil quasi parallel zum Referenzprofil. Das heißt, der Lohnabstand zur Referenzfrau wird bis zum Alter von 55 Jahren nicht abgebaut, was angesichts des Kurvenverlaufs auch für die nun beginnenden Vorruhestandsjahre nicht mehr zu erwarten ist. Die Parallelität der Verläufe in den späteren Jahren und der Vergleich von Verläufen desselben Ausbildungstypus sprechen dafür, den gefundenen Lohnverlust auf die erwerbsbiografischen Differenzen und nicht auf unbeobachtete Heterogenität zurück zu führen.

Aus dem gezeigten Profil wird zweierlei deutlich: Da die unmittelbaren Lohnverluste umso höher sind, je später im Erwerbsverlauf die Unterbrechung stattfindet, besteht von dieser Seite ein Anreiz, Kinder in jungen Jahren zu bekommen. Einkommensabhängige Lohnersatzleistungen wie das Elterngeld mindern diesen Anreiz. Gleichzeitig sind die mittelbaren Lohnverluste (Folgekosten) umso höher, je früher die Unterbrechung stattfindet; von dieser Seite her besteht ein Geburten aufschiebender Effekt (*Postponing*). **Per saldo könnte die unerwünschte Situation eintreten, dass das Elterngeld den Anreiz zum Postponing gerade für hoch qualifizierte Frauen eher noch verstärkt.** Vor diesem Hintergrund erscheint es umso wichtiger, an der Humankapitalentwertung selbst anzusetzen: Eine den Qualitätsansprüchen insbesondere der höher gebildeten Mütter genügende Kleinkind-Betreuung wäre die wirkungsvollste Maßnahme, die Folgekosten von Erwerbsunterbrechungen zu reduzieren. Die Familienpolitik sollte daher weiterhin die familienpolitischen Ressourcen für einen Ausbau der Realtransfers bündeln.

Doha-Runde – Agonie der WTO?

Die im November 2001 eingeläutete Doha-Runde der Welthandelsorganisation (WTO) erinnert an eine Variante der Echternacher Springprozeption: ein Schritt vorwärts und zwei Schritte zurück; und das im Zwei-Jahres-Rhythmus. Das aktuelle Sommerritual der Doha-Runde markiert einen zweiten Schritt eindeutig rückwärts. Von Georg Koopmann

Der Schritt vorwärts war das „July 2004 Package“. Nach der desaströsen fünften WTO-Ministerkonferenz in Cancún, an der im September 2003 die Interessen der Industrie- und Entwicklungsländer hart aufeinander geprallt waren, machte dieses Programm die Doha-Runde wieder flott. Es wies die Richtung für eine Einigung in der strittigen Agrarfrage ohne hegemoniale amerikanisch-europäische Vorgaben. Zugleich wurde die Aushandlung multilateraler Regeln für einige neue Bereiche der Handelspolitik, die ebenfalls vor allem zwischen Nord und Süd kontrovers waren, kurzerhand von der Agenda gestrichen. Hierzu gehören Regeln für die Politik gegenüber multinationalen Unternehmen, die Wettbewerbspolitik und die Vergabe öffentlicher Aufträge, die bereits 1996 die Minister bei ihrem ersten Treffen in Singapur beschäftigt hatten und daher als „Singapur-Themen“ in den Sprachgebrauch der Handelsdiplomatie eingegangen sind.

Der erste Schritt rückwärts kam im Juli 2006. Wieder war es hauptsächlich der Agrarsektor, der die Unterhändler entzweite: Die USA verlangten eine drastische Senkung der Importzölle auf Agrarprodukte weltweit und stießen damit insbesondere bei der Europäischen Union (EU), Japan und Indien auf massiven Widerstand. Diese Länder bestanden ihrerseits darauf, dass zunächst Amerika einschneidende Kürzungen bei den keineswegs handelsneutralen inländischen Subventionen für die Landwirtschaft anbieten müsse. Die Verhandlungen wurden daraufhin suspendiert und erst im Februar 2007 wieder aufgenommen.

Bei der jüngsten Konferenz der WTO, die am 21. Juli 2008 im reduzierten Kreis von etwa 30 Ministern aus den nunmehr 153 Mitgliedsländern der WTO begann, sah es

für einen Moment danach aus, als stünde der oft beschworene „Durchbruch“ in den Verhandlungen unmittelbar bevor. Am Ende erwies sich aber das Agrarproblem erneut als „Kompromiss-Killer“, dieses Mal in der Form einer eher marginalen Auseinandersetzung zwischen den USA auf der einen sowie China und Indien auf der anderen Seite über die Ausgestaltung eines speziellen Schutzmechanismus für Kleinbauern in Entwicklungsländern.

Angesichts einer abflauenden Weltkonjunktur wäre ein erfolgreicher Abschluss der Doha-Runde zum gegenwärtigen Zeitpunkt zweifellos ein willkommenes Signal für Aufschwung und Vertrauensbildung in der Weltwirtschaft gewesen. Umgekehrt muss dies aber nicht heißen, dass der tatsächlich eingetretene Misserfolg jetzt die Weltwirtschaft weiter in die Krise treibt und die Dynamik des internationalen Handels abwürgt. Die Bedingungen, unter denen der Außenhandel mit Waren

und Dienstleistungen bisher regelmäßig deutlich schneller als die nationale Produktion expandiert ist, haben sich zwar nicht verbessert; sie sind allerdings auch nicht schlagartig schlechter geworden.

Protektionistische Bestrebungen, wie sie beispielsweise seit einiger Zeit im amerikanischen Kongress gegenüber China zu beobachten sind, könnten freilich in Zukunft noch zunehmen. Ebenfalls könnten die Glaubwürdigkeit der WTO als Institution und die Bindungskraft ihres Regelwerks unter dem Stillstand der Doha-Runde leiden. Dies wiederum könnte die Streitlust zwischen den Mitgliedern anheizen und insgesamt zu mehr Feindseligkeit im internationalen Handel führen. Für einige Länder könnte zudem der Anreiz weiter steigen, das Heil in bilateralen Präferenzhandelsabkommen zu suchen und in einem solchen Rahmen auch Lösungen für die „Singapur-Themen“ zu finden. Ein Beispiel ist die Schweiz, die bereits „am Tag danach“ erklärt hat, auf diesem Wege nun noch energischer als bislang schon voranzuschreiten.

Auf Dauer gibt es jedoch keine Alternative zur Weiterentwicklung des multilateralen Handelssystems. Ein Ende der Doha-Runde noch in diesem Jahr erscheint zwar ausgeschlossen und wird voraussichtlich sogar im nächsten Jahr nicht erreicht. In der Zwischenzeit wird sich aber die Runde mit neuen Spielern – einem neuen amerikanischen Präsidenten, einer neuen Kommission der EU und einer neuen Regierung in Indien – neu aufstellen müssen. Aufbauend auf dem beträchtlichen bereits Erreichten wäre dann ein finaler Schritt vorwärts in der Doha-Runde möglich. Er würde ein erhebliches Potenzial an Wohlfahrtsgewinn für die Weltwirtschaft insgesamt und für alle Beteiligten einzeln freisetzen.

TAG DER OFFENEN TÜR

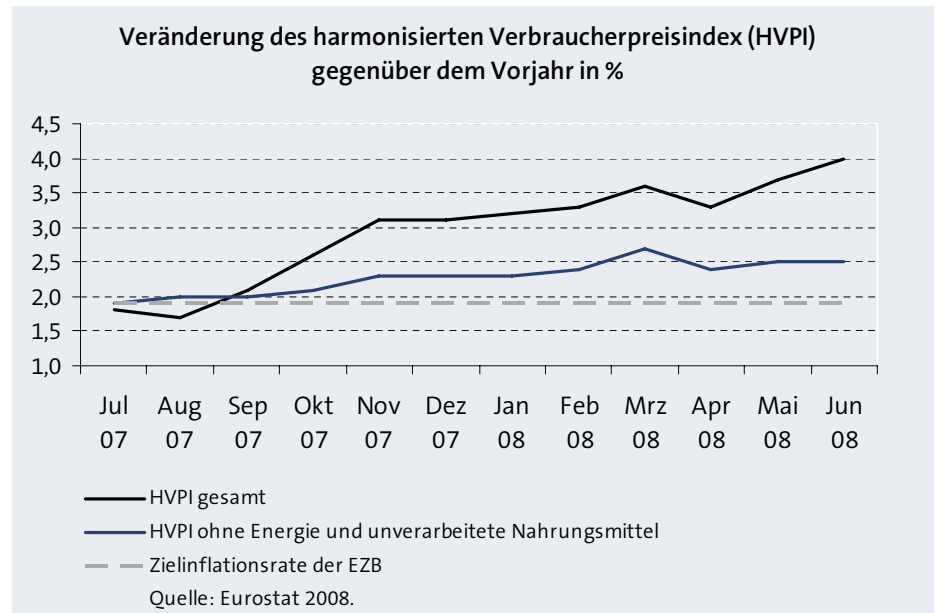
Unter dem Motto „100 Jahre Wirtschaftsforschung in Hamburg“ lädt das HWWI am 2. Oktober 2008 zum Tag der offenen Tür ein. Anlass dieser Veranstaltung ist das Jubiläum der Gründung des Vorgängers des HWWI. 1908 wurde auf Initiative der Hamburger Wirtschaft die Zentralstelle des Kolonialinstituts (das spätere HWWA) gegründet. 2005 fanden Wissenschaft und Wirtschaft erneut zusammen, um das privat finanzierte HWWI zu gründen. Die Begrüßung wird durch Prof. Dr. Thomas Straubhaar erfolgen. Die Präsentation der vier Kompetenzbereiche des HWWI sowie der Zweigniederlassung Thüringen des HWWI in Erfurt geben einen Einblick in die Welt der praxisorientierten Wirtschaftsforschung. Das genaue Programm finden Sie demnächst im Internet unter www.hwwi.org.

Schwieriges makroökonomisches Umfeld für die EZB

Die Inflationsraten lagen mit zuletzt vier Prozent im Euroraum deutlich über dem Stabilitätsziel der Europäischen Zentralbank (EZB) von „unter, aber nahe zwei Prozent“. Wesentliche Ursachen hierfür sind die steigenden Preise für Energie und Nahrungsmittel (siehe Grafik). Die Preissteigerungen sind vor allem Ausdruck einer zunehmenden Knappheit infolge einer weltweit steigenden Nachfrage. Die zukünftig erwarteten Preissteigerungen werden darüber hinaus durch Spekulation zum Teil schon zeitlich vorweg genommen. Dies kann jedoch positive Angebotseffekte induzieren und mittelfristig wieder Preissenkungen nach sich ziehen. *Von Henning Vöpel*

Mit den steigenden Preisen für Energie und Nahrungsmittel verbindet sich ein steigender realer Einkommenstransfer an die jeweiligen Exportländer. Die verbleibende reale Kaufkraft verringert sich, wodurch der private Konsum weniger zur Binnennachfrage beitragen kann. In diesem Zusammenhang wird oft von einer Art „Stagflation“ gesprochen. Die hohen Importpreise für Energie und Lebensmittel würden die Inflation steigen lassen und reduzierten zugleich das Wachstum. Die Zentralbanken stünden daher in einem Dilemma zwischen Sicherung der Preisstabilität einerseits und konjunktureller Stabilisierung eines drohenden Abschwungs andererseits. Zwar ist die EZB allein dem Ziel der Preisstabilität verpflichtet, dennoch stellt die aktuelle Situation ein schwieriges makroökonomisches Umfeld für die Geldpolitik dar.

Im Unterschied zur Stagflation der 70er-Jahre, als Inflation vor allem ein monetäres Phänomen war, wird die Inflation heute durch eine Verteuerung einzelner Güter hervorgerufen. Erst wenn diese durch Zweitrundeneffekte auf das gesamte Preisniveau überwältigt werden, entsteht daraus ein monetäres Inflationsproblem. Und genau hierin besteht für die Geldpolitik der entscheidende Unterschied. Veränderungen einzelner Relativpreise, zumal vorübergehende, stellt für Zentralbanken kein Grund für Interventionen dar. Im Gegenteil: Die heutige Inflation bekämpfen zu wollen, weil einige wenige Komponenten des Warenkorbs von steigenden Preisen betroffen sind, hieße indes, bei anderen Gütern und Dienstleistungen Disinflation bzw. sogar Deflation zu erzwingen. Bei Ri-



giditäten von Preisen und Löhnen könnte eine solche Politik hohe volkswirtschaftliche Kosten verursachen. Es gibt gute Gründe, realen Anpassungsprozessen einen – begrenzten – nominalen Spielraum zu gewähren.

Sollten die steigenden Preise für Energie und Nahrungsmittel jedoch in die Inflationserwartungen eingehen und auf diese Weise über Zweitrundeneffekte auf die Kernrate (Inflationsrate ohne Energie und Nahrungsmittel) durchschlagen, entstünde für die EZB Handlungsbedarf. Stabile Inflationserwartungen sind schnell zerstört, aber nur unter hohen Kosten wieder aufgebaut. Rechtzeitiges Handeln ist geboten, bevor Zweifel am Stabilitätsziel der Zentralbank aufkommen. **Vor diesem Hintergrund kann es sinnvoll sein, die derzeitige Inflation, deren Ursachen nicht monetär sind, dennoch mit Zinserhöhungen zu bekämpfen** – selbst dann, wenn diese

durch steigende Finanzierungskosten für Unternehmen und Haushalte negativ auf Grenzinvestition und Grenzkonsum wirken würden und dem Ziel einer konjunkturellen Stabilisierung zuwiderliegen. Zudem können geringere Realeinkommen die intertemporalen Allokationsentscheidungen verändern, die Ersparnis reduzieren (erhöhen) und den „neutralen Zins“, definiert als jener Zinssatz, der mit Potenzialwachstum und stabilen Inflationsraten vereinbar ist, erhöhen (senken) und insoweit eine geldpolitische Reaktion erforderlich machen.

Die Rückkehr zum Stabilitätsziel von zwei Prozent hängt maßgeblich von der weiteren Entwicklung der Energie- und Nahrungsmittelpreise sowie von maßvollen Lohnabschlüssen ab. Die gestiegenen Preise für Energie und Nahrungsmittel können nicht durch höhere Löhne kompensiert werden. Sie sind ein hinzunehmender realer Einkommensverlust.